



iran-report

Nr. 06/2006

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Ahmadinedschad an Bush / Reaktionen auf den Brief des Präsidenten: Position der USA / Freitagsprediger Djannati: der Brief ist eine Offenbarung Gottes / Karrubi: Ahmadinedschad nichts als ein Verkehrsfachmann / Afrugh: Verhandlungsangebot nicht in religiöses Kleid hüllen / Zeitung Schargh: Iran braucht einen Staatspräsidenten, keinen Menschheitsretter / Nationale Front: Die neue Macht will Krieg bis zum letzten Blutstropfen / Iranischer Intellektueller unter Spionageverdacht in Haft / Zusammenstöße zwischen Studenten und Polizei in Teheran / Nationale Kleiderordnung / Stadionbesuche bleiben für Frauen verboten / Der iranische Karikaturen-Streit

II. Wirtschaft

Indien legt Pipeline-Projekt zu den Akten / Venezuela will F-16-Flugzeuge an Iran verkaufen / US-Finanzaktion gegen Iran / Illegale Rüstungsgeschäfte mit Iran / Ausländische und inländische Investitionen fast an der Null-Grenze / Renault investiert Milliarden in Logan-Fertigung in Iran / Direktor der Zentralbank kontra Staatspräsident

III. Außenpolitik

Atomstreit in entscheidender Phase / Iran und Afghanistan wollen Zusammenarbeit verstärken / Golfstaaten fordern von Iran Offenheit / Iran entsendet Botschafter nach Irak / „Park des Großen Satans“ / Indonesien bot Vermittlung im Atomstreit an



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 07/2006 Anfang Juli) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juni 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Ahmadinedschad an Bush

Am 8. Mai gab Regierungssprecher Gholamhossein Elham bekannt, dass Irans Staatspräsident Ahmadinedschad einen persönlichen Brief an US-Präsident George W. Bush geschickt habe, in dem er „neue Lösungen als Ausweg aus den internationalen Problemen“ vorschläge. Der Brief sei über die Schweizer Botschaft an Bush weitergeleitet worden, sagte Elham. Zu dem Inhalt des Briefes äußerte sich Elham nicht. Es sei kein offener Brief, sagte der Regierungssprecher, es könne aber sein, dass er zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werde. Auch der Generalsekretär des Obersten Sicherheitsrats Irans und Chefunterhändler bei den Atomverhandlungen, Ali Laridjani, meinte, der Brief enthalte Vorschläge zur Lösung internationaler Konflikte.

Der Inhalt des Briefes wurde geheim gehalten, aber nicht, weil - wie von Teheran behauptet - Muslime einen privaten Brief nicht veröffentlichen dürfen. Sonst hätte man gänzlich über den Brief schweigen können. Die Geheimhaltung sollte die Spannung und die Aufmerksamkeit erhöhen. Denn allein die Tatsache, dass sich die iranische Regierung nach 27 Jahren an den US-Präsidenten, an den „großen Satan“ wendet, konnte schon Schlagzeilen machen. Tatsächlich wurde die Nachricht von sämtlichen Agenturen und den Medien aber auch von einigen Politikern als eine Sensation bezeichnet. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, wertete etwas voreilig den Brief als eine Chance zur Lösung des Atomstreits. Der Brief sei „ein Beitrag zu der Diskussion, ob vielleicht eine Lösung des Problems direkte Gespräche zwischen dem Iran und den USA wären“, sagte Erler. Es ist anzunehmen, dass ihm zu der Zeit der Inhalt des Briefes nicht bekannt war.

Hier zunächst eine Inhaltsangabe des Briefes und anschließend die Reaktionen im Ausland und in Iran:

In dem Schreiben wiederholt Ahmadinedschad seine Kritik an den USA und Israel. Er verweist auf christliche Werte, auf Menschenrechte, auf die Ablehnung von Massenvernichtungswaffen, auf den Kampf gegen den Terror, auf Werte, die alle im Widerspruch zu der Politik der USA stehen. Er verweist auf den

Irak-Krieg, der unter dem Vorwand der Existenz von Massenvernichtungswaffen geführt worden sei. Das Land sei besetzt, rund hunderttausend Menschen seien getötet, die Wasserquellen, die Landwirtschaft und die Industrie zerstört, 180.000 Soldaten stationiert worden, das heilige Tabu der Privatsphäre sei gebrochen und das Land möglicherweise um 50 Jahre in seiner Entwicklung zurückgeworfen worden. All dies stehe im Widerspruch zu den erwähnten Werten.

In Guatanamo befänden sich Angeklagte, die nicht vor Gericht gestellt würden, die keinen anwaltlichen Beistand hätten, die von ihren Familien nicht besucht werden könnten und die nicht unter internationaler Beobachtung stehen. Es sei nicht klar, ob es sich bei diesen Menschen um normale Gefangene, Kriegsgefangene, Beschuldigte oder Verurteilte handelt. Auch in Europa gäbe es geheime Gefangenenlager. Diese Tatsachen könnten schwerlich mit den Lehren Christis in Einklang gebracht werden.

Ahmadinedschad kommt auch auf Israel zu sprechen. Ein Staat mit diesem Namen habe bis vor sechzig Jahren nicht existiert. Es sei ein einmaliges Phänomen in der Geschichte, dass plötzlich ein neuer Staat mit einem neuen Volk entsteht. „Herr Präsident, Sie wissen sicherlich welche Folgen die Gründung hatte: Tausende wurden getötet, Millionen vertrieben, Hunderttausende Hektar Ackerland und Olivenhaine, Städte und Dörfer wurden zerstört“, schreibt Ahmadinedschad. „Doch damit nicht genug. Die Tragödie dauert nun schon sechzig Jahre an.“ Es sei ein Regime errichtet worden, das selbst Kindern gegenüber kein Erbarmen kennt.

Ahmadinedschad kritisiert den Druck, der auf Hamas ausgeübt werde, obwohl die Organisation frei gewählt worden sei und die von ihr gestellte Regierung den Willen des Volkes repräsentiere. Dies stehe im Widerspruch zu den erwähnten Werten. Auch die Tatsache, dass die Verabschiedung der UN-Resolutionsentwürfe gegen Israel stets mit einem Veto verhindert würde, erzeuge bei den Einheimischen immer größere Wut.

Gewählte Regierungen in Lateinamerika würden von den USA abgelehnt und Putschisten unterstützt, ebenso wie in



Afrika, wo der Reichtum und die Bodenschätze geraubt würden und die Einheimischen in Armut leben. Im Iran sei vor 52 Jahren gegen die rechtmäßig gewählte Regierung geputscht und später die Islamische Republik bekämpft worden. Man habe Saddam Hussein im Krieg gegen Iran unterstützt, ein iranisches Passagierflugzeug sei abgeschossen und iranisches Guthaben im Ausland eingefroren worden. Schließlich werde Iran wegen seines wissenschaftlichen und nuklearen Fortschritts zunehmend attackiert.

Ahmadinedschad zieht die bislang veröffentlichten Informationen über den 11. September in Zweifel. „Konnten die Planung und Durchführung dieser Aktionen ohne Koordination mit den Sicherheits- und Geheimdiensten oder deren weit reichender Infiltrierung stattfinden“, fragt er in dem Brief. Warum werden verschiedene Aspekte dieser Anschläge geheim gehalten? Warum werden die Initiatoren und Schuldigen nicht vor Gericht gestellt?“

Nach dem 11. September hätten die Medien und die Regierungen in den USA und in Europa eine Stimmung der Angst und Unsicherheit erzeugt. Manche sind der Meinung, dass diese Stimmung der Vorbereitung des Afghanistan-Kriegs dienen sollte. Auch im Vorfeld des Irak-Kriegs sei die Behauptung, das Land sei im Besitz von Nuklearwaffen, so oft wiederholt worden, dass die Menschen es geglaubt hätten. Der Feldzug gegen den Irak habe Hunderte Milliarden Dollar gekostet. Nun müsse man fragen, was die Menschen, die diesen Krieg bezahlt hätten, für diesen Preis erhalten.

Jeder verantwortliche Politiker müsse sich fragen, wieweit er in seiner Amtszeit imstande gewesen sei, die Nöte der Menschen zu lindern, Gerechtigkeit walten zu lassen und Sicherheit zu gewähren. Ob er die Rechte der Menschen verteidigt habe oder im Gegenteil Kriege geführt, sich unerlaubt in die Angelegenheiten anderer Länder eingemischt, furchtbare Gefängnisse errichtet und Menschen eingekerkert habe.

„Wie lange kann die Welt diesen Zustand ertragen“, fragt Ahmadinedschad. „Glauben Sie, Herr Präsident, dass diese Politik fortgesetzt werden kann?“ Wären die Hunderte von Milliarden, die für Kriege ausgegeben worden seien, für die Unterstützung armer

Länder, zur Bekämpfung von Krankheiten und Armut, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für Forschung und Bildung eingesetzt worden, sähe die Welt heute anders aus. Dann hätten die Regierung der USA und das amerikanische Volk auf diese Politik stolz sein können. Dann würde es den ständig steigenden Hass gegen die amerikanische Regierung nicht geben.

Im letzten Teil des Briefes lädt Ahmadinedschad Bush ein, dem einen gemeinsamen Gott zu dienen und der Lehre der Propheten zu folgen. Er habe gehört, dass Bush ein gläubiger Christ sei und fordert ihn auf, den Weg des Glaubens zu beschreiten. „In vielen Teile der Welt leben die Menschen in Unsicherheit“, schreibt er zum Schluss. „Sie lehnen Kriege und unterschiedliche Maßstäbe in der Politik ab. Sie protestieren gegen die Kluft zwischen Reich und Arm, sie fühlen sich angewidert von der zunehmenden Korruption, sie sind beunruhigt über die Angriffe auf die Wurzeln ihrer Kultur und auf die Basis ihres Familienlebens und darüber, dass Liebe und Zuneigung immer weiter schwinden. Die Menschen denken über internationale Organisationen nicht positiv, weil ihre Rechte nicht mehr durch diese Organisationen geschützt werden. Der Liberalismus und die westliche Demokratie haben es nicht vermocht, die Menschen zu ihren Idealen zu führen. Tiefblickende, kluge Denker in der ganzen Welt hören deutlich den Zerfall des liberaldemokratischen Systems. Heute richtet sich die Aufmerksamkeit der gesamten Menschheit immer mehr auf eine Instanz: auf den einzigen Gott und es besteht kein Zweifel, dass die Menschen durch den Glauben an Gott und an die Botschaften der Propheten ihre Probleme bewältigen werden. Meine erste Frage an Sie lautet: Wollen Sie diese Menschen nicht begleiten?“

Ob wir wollen oder nicht, die Welt bewegt sich in Richtung der Frömmigkeit und Gerechtigkeit und der Wille Gottes wird obsiegen.“

Wie man sieht, enthält der Brief nichts neues, auch keinen Vorschlag zur Lösung des Atomkonflikts. Es sind die bekannten Vorwürfe gegen die Politik der USA. Der Brief wäre ein kluger Schachzug gewesen, wenn er neben der wohl berechtigten Kritik die iranische Position noch einmal klar formuliert, Lösungen vorgeschlagen und sogar direkte Gespräche mit Washington angebo-



ten hätte. Damit hätte er die US-Regierung in Bedrängnis bringen können. Denn hätte Washington das Angebot abgelehnt, wäre damit bestätigt worden, dass es den USA nicht allein darum geht, den Gang Irans in den Club der Atomkräfte zu verhindern. So konnte der Brief problemlos zu den Akten gelegt werden.

Reaktionen auf Ahmadinedschads Brief an Bush: Position der USA

Während die Nachricht vom Brief Ahmadinedschads an Bush mit großem Interesse aufgenommen wurde, weil viele darin die Möglichkeit eines direkten Gesprächs zwischen Teheran und Washington sahen, flaute nach der Veröffentlichung das Interesse ab. US-Außenministerin Condoleezza Rice bezeichnete den Brief als nutzlos. Das Schreiben enthalte keine neuen Lösungsansätze für den Atomstreit, sagte Rice der AP in New York. Stattdessen würden auf 17 oder 18 Seiten die iranischen Positionen zur Geschichte, Philosophie und Religion dargelegt. Ziel Ahmadinedschads sei es vermutlich gewesen, die internationale Gemeinschaft kurz vor dem Außenministertreffen in New York durcheinander zu bringen. Auch Prääsidentensprecher Scott McClellan erklärte, die internationale Gemeinschaft sei besorgt darüber, dass Iran die Fähigkeit zur Herstellung von Atomwaffen oder schon Atomwaffen habe. „Dieser Brief scheint wirklich nichts zu tun, um diese Sorgen anzusprechen.“

Freitagsprediger Djannati: Der Brief ist eine Offenbarung Gottes

Weit interessanter als die Reaktionen im Ausland sind die im Iran. Ayatollah Ahmad Djannati, erzkonservativer Prediger beim Freitagsgebet in Teheran und Sekretär des berühmt-berüchtigten Wächterrats, bezeichnete den Brief als „außergewöhnlich“ und als „Offenbarung Gottes“. Gott habe diesem Volk (Irans) seine besondere Liebe geschenkt und „wir müssen dafür dankbar sein“, sagte Djannati. „Die Liebe Gottes gilt vor allem den Märtyrern, den Hizbollahis, den Basidjis (Milizenorganisation), der Geistlichkeit und den frommen Gläubigen.“

Djannati verglich den Brief Ahmadinedschads mit dem Schreiben Ayatollah Chomeinis an Gorbatschow. Dieser Brief setzte den Weg Chomeinis fort, sagte

er. „Das ist wirklich ein außergewöhnlicher Brief. Diesen Brief müssen die Schüler an den Schulen und die Studenten an den Universitäten lesen. Er muss ständig im Rundfunk und Fernsehen verlesen und in die Schulbücher aufgenommen werden. Dieser Brief ist keine Kleinigkeit. Er enthält eine Botschaft. Niemand in der Welt hat soviel Mut, um die Probleme so offen zur Sprache zu bringen... Dieser Mann (Ahmadinedschad) ist ein mutiger Mann, er ist fromm und mächtig und er ist von dem, was er sagt, überzeugt. Dieser Mann ist gleichzusetzen mit der Ehre der Nation, mit der Ehre des Islam.“ Der Brief habe in der ganzen Welt seine Wirkung erzielt, fuhr Djannati fort. Ob die USA darauf antworten oder nicht, in beiden Fällen würden sie sich selbst schaden. Denn wenn sie darauf antworten wollten, hätten sie nichts zu erwidern. Wenn sie aber nicht antworten, bestätigen sie ihre Schwäche. Der Brief habe überall in der Welt Erstaunen und Bewunderung ausgelöst. „Dieser Mann (Ahmadinedschad) verdient ein großes Lob.“

Karrubi: Ahmadinedschad nichts als ein Verkehrsfachmann

Die Stellungnahme Djannatis hat nicht nur bei den Reformern sondern auch bei den Konservativen heftige Proteste hervorgerufen. Der ehemalige Parlamentspräsident Mehdi Karrubi griff in einem ungewöhnlich scharfen Ton Djannati an. Ein Vergleich von Chomeinis Brief an Gorbatschow mit dem Ahmadinedschads an Bush sei völlig abwegig. Chomeini sei eine religiöse Instanz und ein geistiger und geistlicher Führer gewesen, Ahmadinedschad hingegen ein gewöhnlicher Absolvent der Technischen Universität mit einem Studium als Verkehrsfachmann. Über die Umstände seiner Wahl zum Staatspräsidenten wolle er sich hier nicht äußern, schrieb Karrubi in der Tageszeitung „Schargh“. Jedenfalls sei es absurd, ihn so hoch einzustufen, ihn mit Chomeini gleichzusetzen und den Brief als Offenbarung Gottes zu bezeichnen. Außerdem sei der Vorschlag, den Brief in die Schulbücher aufzunehmen, eine Beleidigung für das iranische Volk. Sowohl die islamische als auch die iranische Geschichte hätten ausreichend Denker und Literaten anzubieten, die als Vorbild für die Jugend dienen könnten. Führende Staatsfunktionäre könnten diese Rolle nicht übernehmen, denn ihre Machtposition sei nicht auf



ihre Weisheit und geistige Größe zurückzuführen, sondern einzig auf Machtkonstellationen. Djannati solle mit seinen maßlosen Übertreibungen aufhören. Einen profanen Politiker könne man nicht heilig sprechen. Damit mache er sich und den Glauben lächerlich.

Afrugh: Verhandlungsangebot nicht in religiöses Kleid hüllen

Auch der konservative Vorsitzende des Kulturausschusses im islamischen Parlament, Emad Afrugh, kritisierte die Überbewertung des Briefes und warnte davor, den Glauben für politische Zwecke zu missbrauchen. Die Vermischung der Aufgaben des geistlichen Oberhauptes, der im Namen des Islam Position beziehe, mit denen eines Staatsmanns, der politische Stellungnahmen abgebe, könne schwere Folgen haben.

Afrugh kam auch auf den Brief selbst zu sprechen. Wenn der Brief die Bereitschaft zu direkten Verhandlungen mit den USA signalisieren sollte, hätte man dies nicht in ein religiöses Kleid zu hüllen brauchen, sondern offen schreiben und die Voraussetzung für ein solches Gespräch klar benennen können. Zweitens sei es völlig unnötig gewesen, das Schreiben geheim zu halten. Denn der Brief enthalte keinerlei diplomatische Geheimnisse. „Wenn wir trotz aller diplomatischen Versuche den Weg der Konfrontation beschreiten, dann lasst uns dies aufrecht tun“, sagte Afrugh vor dem Parlament.

Zeitung Schargh: Iran braucht Staatspräsidenten keinen Menschheitsretter

Der Chefredakteur der Tageszeitung Schargh, Mohammad Ghutschani, schrieb in einem Leitartikel: „Präsident Chatami wurde oft dafür kritisiert, dass er zu philosophisch redete und sich nicht, wie es von einem Politiker verlangt wird, offen und klar äußerte. Nun hat uns das Schicksal einen Präsidenten beschert, der nicht philosophisch, sondern prophetisch redet.“ Ahmadinedschad habe, nachdem sein Brief von Präsident Bush ignoriert worden sei, gesagt, der Brief gehe weit über den Atomkonflikt hinaus und überhaupt spiele die Atomfrage für uns keine wichtige Rolle. Es gehe um grundsätzliche Frage der Weltpolitik. Der Brief sei eine Aufforderung gewesen, um Gott, Gerechtigkeit und der

Kultur der Propheten zu folgen. Folgerichtig habe Ayatollah Djannati den Brief als Offenbarung Gottes bezeichnet. Diese Stellungnahmen werfe die Frage auf, ob der Präsident ein Gesandter Gottes sei oder ein Gewählter des Volkes. Bestehe die Aufgabe des Präsidenten darin, Gottes Offenbarungen zu verkünden oder die Interessen des Staates? Laut Verfassung jedenfalls sei der Staatspräsident als Chef der Exekutive gewählt und habe die Aufgabe, die Beschlüsse des Parlaments umzusetzen, den Staat zu verwalten und vor allem die Nöte der Menschen zu lindern. Tatsächlich habe Ahmadinedschad bei seiner Amtsübernahme Chatami kritisiert, weil dieser viel geredet und wenig gehandelt habe und angekündigt, seine Regierung werde handfeste Probleme anpacken und sich mit konkreten Fragen auseinandersetzen. „Umso erstaunlicher ist, dass er sich, wenn er sich an Bush wendet, plötzlich in einen Propheten verwandelt und in die Position einer religiösen Instanz begibt“, schreibt Ghutschani.

Die direkte Verbindung zu den USA sei siebenundzwanzig Jahre lang für die Islamische Republik ein Tabu gewesen. Chatami sei allein für ein Interview mit CNN hart gescholten worden. Nun habe Ahmadinedschad dieses Tabu gebrochen und die rote Linie überschritten, ohne die Würde des Landes zu retten und für den Frieden eine Lösung zu bringen. Die Amerikaner hätten Teheran die kalte Schulter gezeigt und Iran habe für den Tabubruch nichts erhalten. Die Nachricht hätte wie damals, als China die diplomatischen Beziehungen zu Washington aufnahm, wie eine Bombe einschlagen können, sie sei aber nichts anderes gewesen als eine kalte Dusche für Iran. „Hätte man die kalte Reaktion der Amerikaner (die für jeden Iraner erniedrigend und entwürdigend gewesen war) auf den Brief des Staatspräsidenten (der nun einmal alle Iraner vertritt – gleichgültig ob sie ihn gewählt haben oder nicht) nicht voraussehen können?“, fragt Ghutschani. Vielleicht hätten jene, die den Brief aufgesetzt hätten, mit ihrer Kritik an der widersprüchlichen Politik der USA Ahmadinedschad in eine peinliche Situation bringen wollen, heißt es in dem Leitartikel. Doch solche Vorwürfe würden jeden Tag von Tausenden Amerikanern gegen die Bush-Regierung erhoben. Die Menschenrechtsverletzungen auf Guatanamo, die Missachtung des Völkerrechts beim Krieg gegen Afghanistan und Irak oder auch die Missachtung der



Rechte der Afroamerikaner seien hinlänglich bekannt. Aber Ahmadinedschad habe offenbar nicht gemerkt, dass er mit diesem Brief eine Falle gestellt habe, in die er selbst hineingeraten sei. Denn in diesem Brief argumentiere er mit einer Logik, die zu den Grundsätzen und Prinzipien der Moderne gehöre: mit Menschenrechten und Demokratie. Doch er selbst sei niemals bereit, mit seinem eigenen Volk über Demokratie und Menschenrechte zu reden. Er ziehe es sogar vor, statt von „Islamischer Republik“, vom „islamischen Staat“ zu sprechen. „Nehmen wir an, Bush würde auf den Brief antworten. Wäre Ahmadinedschad ebenfalls bereit, dieselben Grundsätze für sein eigenes Land zu akzeptieren? Was würde er tun, wenn Bush die Lage in Iran kritisch unter die Lupe nehmen würde?“, schreibt Ghutschani.

Im Gegensatz zu den Reformern hätten sich die Konservativen in Iran nie auf eine Debatte über Tradition und Moderne eingelassen. Chatami habe über den Dialog der Kulturen, über einen Kompromiss für den Frieden gesprochen und sich damit in der Welt ein hohes Ansehen verschafft, Ahmadinedschad spreche über die Verbannung Israels oder fordere Bush auf, den Propheten zu folgen. Dafür werde er überall kritisiert. „Chatami wollte kein Held werden, aber Ahmadinedschad drängt darauf, als Retter der Menschheit anerkannt zu werden“, schreibt Ghutschani. „Wenn Ahmadinedschad mit seinem Brief an Bush nicht das Ziel verfolgte, das Recht Irans zu verteidigen (das Recht auf Nutzung der Atomenergie), den Frieden zu sichern (einen Krieg zu vermeiden und etwaige Kriegspläne der USA zu vereiteln) und die Entwicklung des Landes voranzutreiben (etwaige Boykottmaßnahmen verhindern), dann muss er erklären, mit welchem Recht er den Trumpf direkter Verhandlungen mit den USA (der für Iran hätte Vorteile bringen können) so einfach aus der Hand gegeben hat. Mit welchem Recht hat der Staatspräsident seine Verpflichtungen ignoriert und seine Position als Ausführender des Volkswillens und Vertreter des Staates verlassen, um als Missionar auftreten zu können. Nach schiitischer Überzeugung gibt es einen Retter der Welt, der im Verborgenen lebt (den verborgenen Imam). Niemand weiß, wann er wieder in Erscheinung treten wird. Aber unser Land braucht hier und jetzt einen Staatspräsidenten, der sich für Frieden und Sicherheit einsetzt. Die Retter der

Menschheit sind auf Wählerstimmen nicht angewiesen. Doch jener, der vom Volk gewählt worden ist, hat nichts anderes zu tun, als den Willen des Volkes auszuführen, auch dann, wenn er meint, Retter der Menschheit zu sein.“

Nationale Front: Die neue Macht will Krieg bis zum letzten Blutstropfen

Die oppositionelle „Nationale Front“ hat in einem offenen Brief der neuen Macht vorgeworfen, das Land in einen mörderischen Krieg zu führen. Die Regierung habe mit einer Politik der Konfrontation zunächst viel Lärm verursacht, um schließlich festzustellen, dass sie das im Land herrschende Chaos nicht bewältigen und auch für den Atomkonflikt keine Lösung bieten kann. Sie möchte nun mit dem Brief an Bush den Eindruck erwecken als sei ihr Gesprächsangebot von den USA abgelehnt worden. Demnach hätten die Gegner Iran einen Krieg aufgezwungen. Und nun sei die Regierung entschlossen, den Kampf aufzunehmen und bis zum letzten Blutstropfen und dem vollständigen Ruin des ganzen Landes Widerstand zu leisten, schreibt die Nationale Front.

„Die Machthaber heißen den Krieg willkommen, weil sie meinen, damit ihre Macht sichern zu können.“ Eine militärische Auseinandersetzung gewähre ihnen auch die Möglichkeit, den Druck auf das Volk und die Willkür der Polizei und Geheimdienste zu verstärken und durch die Unterdrückung der überwiegenden Mehrheit des Volkes die eigene Macht für eine gewisse Zeit zu festigen, um letztendlich in einem günstigeren Augenblick doch noch das Handtuch zu werfen, heißt es in der Erklärung der Nationalen Front.

Iranischer Intellektueller unter Spionageverdacht in Haft

„Du denkst, also bist du ein Spion“, titelte die Online-Zeitung Rooz den Bericht über die Festnahme des iranischen Schriftstellers und Philosophen Ramin Djahanbeglu. Am 6. Mai erklärte der iranische Geheimdienstchef Gholam-Hussein Mohseni-Edjehi in einem Interview mit der iranischen Nachrichtenagentur Fars, „Djahanbeglu ist wegen Kontakten zu ausländischen Elementen von der Justiz verhaftet worden und wird derzeit vom Geheimdienst verhört“. Weitere Angaben zu dem Fall



wollte der Geheimdienstchef bis nach den Verhören nicht machen.

Djahanbeglu war, als er am 27. April über Wien nach Budapest fliegen wollte, auf dem Flughafen von Teheran verhaftet worden. Er wollte, nach einem Auftritt in Wien, am 3. Mai an der Budapest Zentraleuropäischen Universität einen Vortrag halten. Seine Festnahme wurde erst am 3. Mai durch den Stellvertreter Mahmud Salarkia, ohne Angaben von Gründen bestätigt. Salarkia gab bekannt, dass der Autor sich im dem berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis befindet. Der den Konservativen nahe stehende Internetdienst Farda berichtete, dass Djahanbeglu bereits auf dutzenden Seiten Geständnisse über seine Auslandsverbindungen abgelegt habe. Ihm werde auch eine enge Zusammenarbeit mit iranischen Monarchisten und anderen Oppositionsgruppen vorgeworfen.

Der 45-jährige gehört zu den prominentesten Intellektuellen Irans. Er studierte in Paris an der Sorbonne und an der Harvard-Universität in den USA. Er hielt sich Jahre lang in Kanada auf und besitzt sowohl die kanadische als auch die iranische Staatsbürgerschaft. Djahanbeglu ist Autor mehrerer Bücher, unter anderem über den indischen Unabhängigkeitskämpfer Mahatma Gandhi und den liberalen britischen Philosophen Isaiah Berlin. Das Thema, das ihn am meisten zu interessieren scheint, ist „Modernität und Tradition“. In den letzten Monaten hielt sich Djahanbeglu in Indien auf und führte dort unter anderem mit dem Dalai Lama Gespräche. Sein letztes Buch mit dem Titel „Über Indien“ soll im August in Oxford erscheinen. Die beiden Bücher „Iran zwischen Tradition und Moderne“ und „Gandhi und die Philosophie der Gewaltlosigkeit“ liegen in englischer und französischer Sprache vor.

Im Iran leitete Djahanbeglu das Teheraner „Büro für Kulturforschungen“ und hielt Vorlesungen im „Haus der Kulturschaffenden“. Zu seinen Veröffentlichungen in persischer Sprache gehören: „Die Modernen“ und „Modernität, Demokratie und Intellektuelle.“

Djahanbeglus Verhaftung hat bereits international Proteste hervorgerufen. Im Iran äußerte sich Mohsen Kadivar, Vorsitzender des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit, sehr besorgt über die Verhaftung Djahanbeglus. In einem Interview mit dem persischsprachen-

chigen Programm der BBC sagte Kadivar: „Obwohl wir seit hundert Jahren für Freiheit und freie Meinungsäußerung kämpfen, wird ein bekannter Schriftsteller ohne Haftbefehl und Angaben von Gründen festgenommen. Das ist nichts anderes als pure Willkür.“

621 iranische Intellektuelle, Kulturschaffende und Studenten haben in einem Offenen Brief gegen die Verhaftung Djahanbeglus protestiert. Obwohl Djahanbeglu sich seit zwei Wochen in Haft befinde, weigere sich die Justiz immer noch die Gründe seiner Haft bekannt zu geben. Wie aus einigen Nachrichtenquellen verlautete, werde ihm Spionagetätigkeit vorgeworfen, schreiben die Unterzeichner. Es sei nicht das erste Mal, dass Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft unter solchen Vorwürfen verhaftet worden seien und nach längerem Gefängnisaufenthalt ohne Angabe von Gründen wieder frei gelassen wurden. Man müsse die Verantwortlichen fragen, wie ein Intellektueller, der weder im Staatsapparat tätig ist noch zu irgendwelchen Machtzentren Verbindung hat, in der Lage sein sollte an Staatsgeheimnisse heranzukommen, um als Spion tätig sein zu können.

Politische Beobachter in Teheran befürchten, dass die Inhaftierung Djahanbeglus den Auftakt zu einer neuen Repressionswelle gegen Andersdenkende bilden könnte. Es ist kein Geheimnis, dass die Radikal-Islamisten, die inzwischen die Macht monopolisiert haben, aufgeklärte Intellektuelle als Feinde betrachten, die unter dem Einfluss des Westens und der westlichen Kultur unterschwellig einen Kampf gegen den Gottesstaat führen. Was die Vermutung über eine bevorstehende Kampagne verstärkt ist die Tatsache, dass die unter Chatami erkämpften Freiräume für Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle Schritt für Schritt zurückgenommen werden. Es ist nicht zu übersehen, dass zum Beispiel die Zensurbehörde bereits heute weitaus strengere Maßstäbe anlegt als noch vor einem halben Jahr. Autoren und Verleger können ein Lied davon singen.

Zusammenstöße zwischen Studenten und Polizei in Teheran

Bei Protesten von hunderten Studenten in der Hauptstadt Teheran hat es am 24. Mai Zusammenstöße mit der Polizei



gegeben. Etwa 40 Polizisten seien bei den Unruhen auf dem Universitätsgelände leicht verletzt worden, als sie mit Steinen beworfen worden seien, zitierte die amtliche Nachrichtenagentur IRNA den Teheraner Polizeichef Morteza Talaje. Rund 20 bis 30 Studenten hätten die Zusammenstöße provoziert und dann Unterstützung von „Gaunern“ erhalten, die nicht zur Universität gehörten. Die Polizei sei „tolerant und zurückhaltend“ vorgegangen, sagte Talaje weiter. Kein Student sei festgenommen worden.

Laut der Studenten-Nachrichtenagentur ISNA protestierten die Studenten gegen die Intervention von Mitgliedern der islamischen Bassidsch-Miliz bei der Wahl einer Studentenvertretung. „Wir wollen nicht den Islam der Taliban“, skandierten die Demonstranten, berichtet ISNA.

Tatsächlich richtete sich der Protest der Studenten gegen den willkürlichen Wechsel der Uni-Direktoren und die Pensionierung von Professoren, die unter den Studenten große Sympathie genießen. Wie in der Staatsverwaltung hat die neue Regierung Ahmadinedschad auch an den Universitäten die Leitung der Hochschulen und Universitäten mit eigenen Anhängern neu besetzt und mit dieser Einmischung in die Angelegenheiten der Universitäten viel Unmut bei den Studenten hervorgerufen. Auch der größere Einzug der Bassidsch-Miliz in die Universitäten und Hochschulen, der mit der massiven Militarisierung des Gottesstaates in Einklang steht, stößt auf den wachsenden Widerstand der Studenten.

Auch am 28. Mai kam es an der Universität Teheran zu Studentenunruhen. Die Studenten, die gegen die Verhaftung eines ihrer Kommilitonen protestierten, skandierten: „Die Universität ist der Schutzwall der Freiheit und das Grab der Diktatur“, „Reiht euch ein in die Front gegen die Despotie“. Ein Student beschwerte sich laut ISNA darüber, dass die Zeitungen kein Wort über die Verhaftung von Studenten berichten. „Die iranischen Zeitungen sind nichts als zerrissenes Papier.“ „Wir müssen so laut schreien, damit das ganze Land unsere Stimme hört“, sagte ein anderer.

Nationale Kleiderordnung

Staatspräsident Ahmadinedschad hat die Einführung einer einheitlichen Kleiderordnung gefordert. Der „Dresscode“ solle nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer gelten, zitierte ihn ISNA. Dem Anliegen sollen sich maßgebliche Experten des Landes widmen, verlangte er beim Besuch einer Textilausstellung. Die neuen Outfits sollen nach seinen Worten vielfältig in Form und Farbe und gleichzeitig preisgünstig sein.

Auch das iranische Parlament hat sich schon mehrfach mit der Frage einer nationalen Kleiderordnung befasst. Insbesondere der bei jungen Iranerinnen beliebte Westenrock stößt bei Abgeordneten auf Missfallen. Sie wollen den Angabe zufolge, dass Frauen Umhänge wie in Pakistan tragen. Ein Politiker in Teheran bemängelte kürzlich, dass viele Kopftücher kleiner seien als Taschentücher.

Stadionbesuche bleiben für Frauen verboten

Revolutionsführer Ali Chamenei hat den Frauen des Landes den Zugang zu Sportstadien verweigert. Wie der Regierungssprecher am 9. Mai mitteilte, werden sich die Behörden an die Vorgaben der geistlichen Führung halten. Es ist das erste Mal, dass sich Chamenei öffentlich gegen eine Entscheidung von Präsident Ahmadinedschad stellt.

Ahmadinedschad hatte im vorigen Monat viele mit seiner Ankündigung überrascht, Frauen erstmals seit 27 Jahren wieder den Zugang zu Sportwettkämpfen von Männern erlauben zu wollen. Er hatte argumentiert, die Anwesenheit von Frauen an öffentlichen Plätzen fördere die Keuschheit. Ranghohe Geistliche hatten die Äußerungen des Präsidenten scharf kritisiert.

Nach der islamischen Revolution 1979 war Frauen der Zutritt zu Stadien verwehrt worden, in denen männliche Sportler antraten, weil die Sportler dort kurze Hosen trugen. Zuletzt hatten die Behörden das Verbot damit begründet, dass es sich für Frauen nicht zieme, sich in Menschenmengen aufzuhalten, in denen geflucht werde oder es zu schlechtem Verhalten kommen könne.



Der iranische Karikaturen-Streit

Die Veröffentlichung einer Karikatur in der staatlichen Zeitung „Iran“, die von den iranischen Aseris als Beleidigung empfunden wurde, hat heftige Proteste ausgelöst. Die Aseris, eine der nationalen Minderheiten Irans, die hauptsächlich in der Provinz Aserbaidschan, im Nordwesten des Landes angesiedelt sind, wehrten sich gegen die Karikatur, die eine Aseri als Kakerlake dargestellt. Auf zahlreichen Demonstrationen forderten sie die Rücknahme der Beleidigung und die Schließung der Zeitung. Bei einer Kundgebung in der Stadt Naghadeh kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen vier Menschen getötet und weitere 43 verletzt wurden.

Der Polizeichef der Provinz Aserbaidschan, Hassan Karami, sagte nicht, wie die Menschen in Naghadeh ums Leben kamen oder verletzt wurden. Er gab lediglich an, auch „zwei bewaffnete Mitglieder der kurdischen Arbeiterpartei PKK“ hätten sich in der Menge der Demonstranten aufgehalten. Unabhängige Beobachter berichteten von brutalen Angriffen der Polizei.

Auch in Teheran protestierten einige hundert Studenten gegen die Veröffentlichung der Karikatur und wurden von der Polizei gewaltsam auseinander getrieben.

Die Regierung in Teheran versuchte zunächst den Fall herunterzuspielen. Die staatliche Zeitung wurde geschlossen und der Karikaturist und ein verantwortlicher Redakteur wurden festgenommen. Doch als sich die Unruhen ausweiteten und in der Provinz Aserbaidschan Zehntausende an den Protestkundgebungen teilnahmen, sprach man von Intrigen aus dem Ausland. Revolutionsführer Chamenei bezeichnete die Demonstrationen als „Versuch, ethnische Spannungen zu provozieren“. Regierungssprecher Gholamhusein Elham bekundete die Entschlossenheit der Regierung, den „Unruhen und den Zerstörungen“ Einhalt zu gebieten. Ausländische Staaten hätten das Ziel, die Einheit und Geschlossenheit des iranischen Volkes zu zerstören, sagte Elham. Er lobte die Azaris als echte Patrioten, die an dem Erfolg der Revolution von 1979 einen großen Anteil hätten. Die Mühe der ausländischen Mächte sei vergeblich, betonte Elham. Auch Innenminister Mostafa Purmohammadi machte direkt die USA für die Unruhen verantwortlich.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass im Vielvölkerstaat Iran ethnische Minderheiten, wie Aseris, Kurden, Araber, Belutschen, Turkmenen benachteiligt werden und diese Benachteiligung bei jedem neuen Anlass berechnete Proteste hervorruft. Dennoch ist es kein Zufall, dass gerade seit einem Jahr sich in nahezu allen Provinzen die Proteste gehäuft haben. Anfang des Jahres waren bei einer Reihe von Anschlägen in der Provinz Chusistan acht Menschen getötet und 46 weitere verletzt worden. Am 8. Mai kamen in der nahe der irakischen Grenze gelegenen Stadt Kermanschah bei einer Bombenexplosion zwei Menschen ums Leben. Wie die Nachrichtenagentur ISNA berichtete, explodierte der Sprengsatz im Polizeipräsidium. Bei einer weiteren Explosion in einem Handelsbüro kam niemand zu Schaden.

Weit heftiger sind die noch andauernden Unruhen in der Provinz Sistan-Belutschistan. Dort haben am 14. Mai Rebellen bei einem Überfall auf einen Autokonvoi zwölf Menschen getötet. 15 bis 20 uniformierte Bewaffnete hätten auf der Straße vom Bam nach Kerman einen Kontrollposten errichtet und vier Fahrzeuge angehalten, sagte der Provinzgouverneur von Kerman. Die Insassen seien mit verbundenen Augen und gefesselten Händen in einem Straßengraben erschossen worden. Zu dem Angriff bekannte sich laut Polizei die radikale Gruppe Dschundollah (Soldaten Allahs). Bereits eine Woche zuvor hatte sie mehrere blutige Überfälle verübt.

Der Überfall ereignete sich rund 35 Kilometer von Bam entfernt, sagte der Vizegouverneur von Kerman, Abdolghasem Nasollahi, weiter. Das Staatsfernsehen zeigte Bilder von zwölf Leichen im Straßengraben. Einen zehnjährigen Jungen verschonten die Täter laut Augenzeugen. Wie das Fernsehen berichtete, tötete die Polizei sechs Rebellen.

Die „terroristische Gruppe“ Dschundollah, geführt von Abdolmalek Righi, habe sich in einem Telefonanruf zu dem Überfall bekannt, sagte der stellvertretende Polizeichef Eskandar Momeni. Mitte März hatte die Gruppe 22 Menschen in der Provinz Sistan-Belutschistan getötet. Es ist nicht ausgeschlossen, dass solche Gruppen tatsächlich aus dem Ausland Unterstützung erhalten. Derlei Einflussnahmen haben im Iran eine lange Tradition.



II. Wirtschaft

Indien legt das Pipeline-Projekt zu den Akten

Noch bis vor wenigen Tagen hatte Teheran gehofft, das Projekt des Baus einer Pipeline zur Lieferung von Flüssiggas über Pakistan nach Indien werde nach Jahre langen Verhandlungen endlich in Angriff genommen werden. Selbst das für Iran enttäuschende Verhalten Indiens beim iranischen Atomkonflikt und die Zustimmung Neu Delhis zur Einschaltung des UN-Sicherheitsrats konnte Teheran nicht davon abhalten, sich weiterhin um das Pipeline-Projekt zu bemühen und auf ein Erfolg zu hoffen. Iran ging dabei sogar soweit, Pakistan bei der Teilnahme am diesem Projekt finanzielle Unterstützung in Aussicht zu stellen. Doch in den letzten Wochen verschärfte sich der Druck aus Washington auf Indien, um das Land von einem großen Geschäft mit Iran abzuhalten. Die umfassenden Vereinbarungen zwischen Washington und Neu Delhi über den atomaren Technologietransfer und über Lieferungen von atomarem Brennstoff haben für Indien den Ausschlag gegen, das vertragsreife Gasprojekt mit Iran vorerst auf Eis zu legen.

Der Vorgang zeigt, dass die USA schon längst dabei sind, Iran nicht nur politisch, sondern vor allem wirtschaftlich zu isolieren. Auch das so genannte „Jahrhundert-Projekt“, das den Export von Öl und Gas aus Iran nach China vorsieht und dessen Wert auf siebenzig bis hundert Milliarden Dollar geschätzt wird, ist längst nicht unter Dach und Fach. Auch hier versucht Washington seinen Einfluss geltend zu machen und den Handel zu verhindern.

Venezuela will US-amerikanische F-16-Flugzeuge an Iran verkaufen

Nach der Verhängung eines Rüstungsembargos durch die USA hat Venezuela erwogen, seine US-Kampfflugzeuge vom Typ F-16 an Iran zu verkaufen. Ein Mitglied des venezolanischen Generalstabs, General Alberto Muller Rojas, sagte laut AFP (17. Mai), er habe dem Verteidigungsministerium in Caracas den Verkauf der F-16-Maschinen vorge schlagen. Viele Länder, darunter auch Iran, seien an dem Rüstungsmaterial interessiert.

Die US-Regierung schloss ein solches Geschäft umgehend aus. Bei der Lieferung von US-Rüstungsgütern an andere Staaten gebe es Klauseln, die den Weiterverkauf an Drittstaaten von der Zustimmung Washingtons abhängig machten, sagte der Sprecher des US-Außenministeriums, Sean McCormack. Venezuela habe nicht die Erlaubnis, die Flugzeuge an Iran oder andere Staaten zu veräußern.

Die USA hatten ein Embargo für Waffen und andere Rüstungsgüter nach Venezuela verhängt. Begründet wurde die Maßnahme damit, dass das südamerikanische Land nicht ausreichend gegen den internationalen Terrorismus kooperiere.

US-Finanzaktionen gegen Iran

Sollte der UN-Sicherheitsrat keine Sanktionen gegen Iran beschließen, wollen die USA gemeinsam mit anderen Verbündeten im Finanz- und Wirtschaftsbereich gegen Iran vorgehen. Die USA seien bereit, mit einer Reihe gleich gesinnter Staaten außerhalb des Sicherheitsrats Möglichkeiten im Finanzwesen zu ergreifen, weil Iran ein zentraler Financier des Terrorismus sei, sagte Außenministerin Condoleezza Rice am 11. Mai dem US-Fernsehsender NBC. US-Präsident George W. Bush erklärte, ein Brief des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad an die USA gehe am wichtigsten Thema – der vom Westen geforderten Einstellung des Atomprogramms seines Landes – vorbei. Ahmadinedschad zeige sich weiterhin unbeugsam.

Rice erklärte, es gebe viele Möglichkeiten vor einem Militärschlag. In Interviews mehrerer US-Fernsehsender zeigte sie sich jedoch optimistisch, dass der UN-Sicherheitsrat handeln werde. „Iran kann entweder der internationale Gemeinschaft trotzen und muss dann mit Isolation und einem Handeln des Sicherheitsrates rechnen oder Iran kann den Weg zu einem zivilen Atomprogramm akzeptieren, der auch für die internationale Gemeinschaft akzeptabel ist“, sagte Rice. Die Urananreicherung auf iranischem Boden solle auf keinen Fall akzeptiert werden, erklärte Rice.



Illegale Rüstungsgeschäfte mit Iran

Iranische Geschäftsleute sollen von Deutschland aus Rüstungslieferungen in ihre Heimat eingefädelt haben. Die deutschen Behörden verhafteten Anfang Mai vier Männer und durchsuchten zehn Objekte in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern, teilte das Zollkriminalamt in Köln am 10. Mai mit. Dabei wurden militärisch nutzbare Navigationsgeräte und Geschäftsunterlagen beschlagnahmt. Beteiligt sei auch ein Ingenieur aus Baden-Württemberg.

Die Geschäftsleute hätten die Steuerungsgeräte nach Iran geliefert. Sie könnten für iranische Drohnen bestimmt gewesen sein. Zudem sollen sie versucht haben, dreißig tschechische Kampfflugzeuge an die iranische Luftwaffe zu vermitteln. Ein in NRW lebender iranischer Geschäftsmann und sein Sohn sollen als Geschäftsführer von zwei Firmen enge Geschäftskontakte mit Iran unterhalten haben.

Ausländische und inländische Investitionen fast an der Null-Grenze

Laut offiziellem Bericht der Teheraner Planungsorganisation sind in den vergangenen sechs Monaten inländische Investitionen stark zurückgegangen und ausländische Investoren hätten sich aufgrund des eskalierenden Atomstreits äußerst zurückhaltend verhalten. Dies veranlasste die Regierung, auf die Devisenreserven des Landes zurückzugreifen. Einer Verordnung der Regierung zufolge sollen Projekte im Werte von mehr als dreißig Millionen Dollar aus dem Reservefonds Kredite erhalten. Unabhängige Wirtschaftsexperten befürchten, dass mit dieser Entscheidung ein wichtiger Teil der Devisenreserven für die enorm angestiegene Einfuhr von Waren verausgabt werde, Waren, die ohnehin eine große Gefahr für die Inlandsproduktion darstellen. Dies würde die Zahl der Arbeitslosen im Land in die Höhe treiben und zur Schließung von zahlreichen einheimischen Produktionsstätten führen.

Die in Teheran erscheinende Tageszeitung Etemad schrieb in einem Bericht vom 8. Mai, die „kranke Wirtschaft“ Irans werde noch mehr Schaden erleiden, so dass „die Produktivitäten allmählich ihren Sinn verlieren“. „Selbst patriotische Investoren denken kaum noch an produktive Investitio-

nen“, so dass bereits in absehbarer Zukunft mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen sei. Zahlreiche Unternehmen hätten bereits Konkurs gemeldet und ihre Beschäftigten entlassen. Die Zeitung erwähnt zwei Gründe für die Krise der iranischen Wirtschaft, ersten den Atomkonflikt, der ausländische Investoren in eine Warteposition treibt und zweitens den „realitätsfremden“, populistischen Beschluss der Regierung, die Löhne anzuheben. Dieser Beschluss habe sogar Verbände, die die Interessen der Werktätigen vertreten, zum Widerstand bewogen.

Der im Ausland lebende gebürtige Iraner Nader Mohtaschemi, der vor drei Jahren mehr als 300 Millionen Dollar im produktiven Bereich investiert hatte, sagte in einem Gespräch mit der Internetzeitung „Rooz“, es gäbe viele Unternehmer, die einzig aus Liebe zu ihrem Heimatland in Iran investieren. Doch nach einer gewissen Zeit „verstricken sie sich im verseuchten und verdorbenen System der iranischen Verwaltung“. „Von da an haben sie nur noch einen Gedanken: einen Vorwand finden und abhauen.“ Nun habe sich nach der Amtsübernahme der neuen Regierung die Situation wesentlich verschlechtert. „Misstrauen und Enttäuschung beherrschen die Atmosphäre. Das spüren vor allem ausländische Investoren.“ Mohtaschemi behauptet, sein Unternehmen für den halben Preis verkauft und das Land verlassen zu haben. Er kenne viele Unternehmer, denen es genauso ergangen ist wie ihm.

Der Wirtschaftsexperte Karim Chosrawian kritisiert den Beschluss der Regierung, die Lohnsätze übermäßig zu erhöhen. „In einer Sitzung von Ahnungslosen wurde beschlossen, die Löhne um 50 Prozent zu steigern“, sagte er der Zeitung Etemad. „Jetzt sollen die Arbeitgeber zusehen, wie sie mit dieser Lohnerhöhung umgehen.“

Chosrawian sieht drei Möglichkeiten: entweder muss der Unternehmer die Produktion um 50 Prozent erhöhen oder er muss die Qualität seiner Produkte verschlechtern oder er muss die Zahl seiner Arbeiter und Angestellten reduzieren. Der erste Vorschlag sei nicht durchführbar, der zweite führe zum Ruin des Unternehmens. Blicke nur der dritte Ausweg, der zwangsläufig zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit und Armut führen werde.



Weitaus schlechter als beim inländischen Kapital ist es um ausländisches Kapital bestellt. In der Zeit der Regierung Chatami hatte Iran durch weitgehende Erleichterungen für ausländische Unternehmen um Investitionen im Iran geworben und hatte tatsächlich Erfolg damit. Doch seit einigen Monaten scheint sich das Blatt gewendet zu haben. Roja Chatami berichtet in der Zeitung Etemad von Eslawijeh (Süd-Pars), einem kleinen Ort im Süden des Landes. Dieser Ort, an dem die chemische Industrie zu blühen begonnen hatte, habe trotz seines unerträglichen Klimas zahlreiche ausländische Investoren angezogen. Doch der Konflikt um das iranische Atomprogramm und der Druck seitens der USA habe sie inzwischen wieder vertrieben.

Hassan Moradi, Mitglied des Energieausschusses im islamischen Parlament, meinte, die Großprojekte im Süd-Pars lägen deswegen brach, weil es einen Regierungswechsel und einen Wechsel an der Spitze der iranischen Ölgesellschaft gegeben habe. Mit der Zuspitzung des Atomkonflikts hätten ausländische Unternehmer ohne einen konkreten Grund begonnen, „quer zu schießen und ohne Musik herumzutanzten“, sagte Moradi. Er möchte die Unternehmen nicht namentlich nennen. Alle großen Unternehmen seien an dieser „Tanzveranstaltung“ beteiligt.

Renault investiert Milliarden in Logan-Fertigung in Iran

Der oben beschriebenen Entwicklung entgegengesetzt hat der französische Autobauer Renault mit Iran einen Joint-Venture-Vertrag über den Bau des Billigautos Logan (L 90) unterzeichnet. Iranische Analysten gehen von einer Investition von etwa zwei Milliarden Dollar aus. Renault will ab 2008 in Teheran 250.000 Logan fertigen, etwa ein Drittel seiner für 2009 geplanten weltweiten Kapazität von 800.000 Fahrzeugen. Ein Fünftel der in Iran gefertigten Fahrzeuge soll exportiert werden.

Direktor der Zentralbank kontra Staatspräsident

Es wird allmählich klar, was sich hinter den Gerüchten um die bevorstehende Absetzung des Direktors der Zentralbank, Scheibani, verbirgt. Wie inzwischen bekannt wurde, hatte sich Scheibani geweigert, der Anweisung des

Staatspräsidenten Ahmadinedschad bezüglich iranischer Konten im Ausland Folge zu leisten. Ahmadinedschad hatte im Hinblick auf die Eskalation des Atomkonflikts und eine mögliche Sperrung iranischer Konten im Ausland die Zentralbank angewiesen, Irans Guthaben bei ausländischen Banken auf „vertrauenswürdige und gottesfürchtige“ Privatpersonen, die er benennen wollte, zu übertragen. Damit sollte sichergestellt werden, dass Iran weiterhin über die Gelder verfügt.

Scheibani sprach sich vehement gegen diese Anweisung aus und drohte mit Rücktritt, falls der Staatspräsident auf dieser Entscheidung beharren sollte. Nach langem Gezerre gab Ahmadinedschad nach und erteilte die Anweisung, einen Teil des iranischen Guthabens auf inländische Banken zu überweisen, einen Teil in befreundete Staaten zu transferieren und den Rest in multinationale Projekte zu investieren. Sollte sich Scheibani auch dieser Anweisung widersetzen, werde er entlassen.

Doch Scheibani blieb hart. Er teilte dem Staatspräsidenten mit, dass er in Übereinstimmung mit dem Revolutionsführer Chamenei der Meinung sei, dass eine voreilige Transferierung des iranischen Guthabens, in welches Land auch immer, nicht ratsam sei. Mit diesem schweren Geschütz konnte sich der Bankdirektor gegen den Regierungschef durchsetzen, vorerst jedenfalls.



III. Außenpolitik

Atomstreit in entscheidender Phase

Die USA haben im iranischen Atomkonflikt scheinbar eine diplomatische Kehrtwende vollzogen und direkte Gespräche mit Teheran angeboten. Voraussetzung für diese Gespräche sei allerdings, dass Iran auf die Anreicherung von Uran im eigenen Land verzichte, sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice am 31. Mai vor ihrem Abflug zum Treffen der Außenminister der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sowie Deutschlands in Wien. Hier Rice im Wortlaut:

„Die Optionen für die iranische Regierung sind eindeutig. Die negative Alternative für die Regierung ist es, ihren derzeitigen Kurs beizubehalten und in offenem Gegensatz zu den Wünschen der internationalen Gemeinschaft und ihren internationalen Verpflichtungen nach Atomwaffen zu streben. Wenn die Regierung dies tut, wird ihr das nur hohe Kosten einbringen. Die positive und konstruktive Alternative für die iranische Regierung ist es, ihren derzeitigen Kurs zu ändern und bei der Lösung des Atomkonflikts zu kooperieren, und zwar durch eine sofortige Wiederaussetzung aller Aktivitäten der Anreicherung und Wiederaufbereitung, genauso wie durch eine vollständige Zusammenarbeit mit der IAEA und der Rückkehr zur Anwendung des Zusatzprotokolls, das einen verbesserten Zugang für die IAEA vorsieht.

Um unser Engagement für eine diplomatische Lösung zu unterstreichen und die Erfolgsaussichten zu verbessern, werden die USA mit ihren EU-3-Kollegen am Tisch Platz nehmen und iranische Vertreter treffen, sobald Iran vollständig und nachweisbar seine Anreicherung und die Wiederaufbereitung aussetzt.

Das Thema Atom ist nicht das einzige Hindernis, das besseren Beziehungen im Weg steht. Die iranische Regierung unterstützt Terror, ist in Gewalt im Irak verwickelt und untergräbt die Wiederherstellung der vollen Souveränität im Libanon gemäß der UN-Resolution 1559 des Sicherheitsrates. Diese Politik steht nicht im Einklang mit der internationalen Gemeinschaft und bildet ein Hindernis für eine positive Beziehung zwischen dem iranischen Volk

und dem Volk der USA und dem Rest der Welt.

Iran kann und sollte ein verantwortungsvoller Staat sein und nicht der führende staatliche Unterstützer von Terror. Die USA sind bereit, sich den EU-3 anzuschließen und diese und andere Themen mit der iranischen Regierung voranzutreiben, zusätzlich zu unserer Aufgabe, die nukleare Gefahr zu entschärfen. Gleichzeitig werden wir weiter mit unseren internationalen Partnern daran arbeiten, die Verbreitung von Atomwaffentechnik weltweit zu beenden, alle Lieferanten von internationalen Finanzquellen abzutrennen und die Unterstützung für den Terror zu beenden. Präsident Bush will eine neue und positive Beziehung zwischen dem amerikanischen Volk und dem Volk Irans, gute Beziehungen durch mehr Kontakte im Bildungsbereich, beim Kulturaustausch, bei Sport, Reise, Handel und Investitionen.“

Das Angebot kann nicht anderes verstanden werden als ein taktischer Versuch, Iran weiterhin zu isolieren und Russland und China, die bis jetzt Sanktionen gegen Iran ablehnen, auf den Kurs der USA zu bringen. Denn wenn Iran tatsächlich bereit wäre, auf sein Atomprogramm zu verzichten, dann wären Verhandlungen überflüssig.

Wie erwartet, hat Iran das Angebot abgelehnt. Ölminister Sajed Kasem Wasiri Hamaneh sagte am Rande einer OPEC-Konferenz in Venezuela, sein Land werde „niemals“ über sein nukleares Forschungsprogramm verhandeln. Der Brennstoffkreislauf, den Iran geschlossen habe, stehe nicht zur Disposition.

Auch der Sprecher des Auswärtigen Ausschusses des iranischen Parlaments, Kazem Dschalali, wies die Forderung von Rice umgehend als „nicht geeignet“ zurück. Teheran habe mehrfach betont, dass die Aussetzung der Urananreicherung nicht auf der Agenda stehe, sagte Dschalali der iranischen Nachrichtenagentur ISNA.

Bei dem Treffen am 1. Juni in Wien will die EU ein neues, weit reichendes Angebot an Iran vorlegen. „Wir bereiten ein Paket für den Iran vor, das sie (die Iraner) nur schwer zurückweisen können, wenn sie diese Art von Energie wollen“, hatte der EU-Außenbeauftragte Javier Solana vor Beginn eines EU-Außenministertreffens in Brüssel gesagt. Das „großzügige Paket“



soll wirtschaftliche Anreize sowie Vorschläge enthalten, die Iran die friedliche Nutzung der Atomenergie ermöglichen sollen. Diplomatenkreisen zufolge soll Iran der Kauf eines Leichtwasserreaktors, die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) sowie die Unterstützung des Gas-pipeline-Projekts über Pakistan nach Indien angeboten werden. Auch den Bedürfnissen Irans nach Sicherheit seiner nationalen Grenzen sollte Rechnung getragen werden. Im Gegenzug soll Teheran dauerhaft und endgültig auf die Herstellung des atomaren Brennstoffs verzichten.

Doch dieser Forderung hat Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad schon von vorn herein eine Absage erteilt. „Wenn sie über Dinge entscheiden wollen, die uns betreffen, an einem Ort, wo wir nicht dabei sind, dann haben dieses Gremium und seine Beschlüsse keinerlei rechtliche Geltungskraft oder Vertrauenswürdigkeit“, sagte Ahmadinedschad im Fernsehen. Zugleich lehnte er jedes Angebot ab, das Irans Recht auf die Herstellung des atomaren Brennstoffs ausschließt.

Trotz dieser Ablehnung wollen die EU-Außenminister gemeinsam mit den Veto-Mächten ihre Bemühungen um eine diplomatische Lösung des Atomkonflikts fortsetzen. Das Angebot, das in Wien abgesegnet werden soll, wird vermutlich in den nächsten Tagen Iran vorgelegt werden. „Ich setze darauf, dass auch in der iranischen Führung am Ende ein Rest von Vernunft vorhanden ist. Ich setze darauf, dass es genügend vernünftige Leute gibt, die darauf reagieren. Und zwar nicht so wie Ahmadinedschad“, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Damit sind vermutlich jene Kräfte im Iran gemeint, die den radikalen Kurs der Regierung Ahmadinedschad kritisieren und ein gemäßigteres Vorgehen vorschlagen. Doch selbst diese Kräfte beharren auf dem Recht der Urananreicherung, ein Recht, das jedem Mitglied des Atomwaffensperrvertrags zusteht. Demnach ist kaum damit zu rechnen, dass Teheran das Angebot annimmt.

In jedem Fall werden die Westmächte im UN-Sicherheitsrat vorschlagen, nach Kapitel 7 der UN-Charta Iran Sanktionen anzudrohen. Kapitel 7 lässt auch die Möglichkeit einer militärischen Intervention offen.

China und Russland haben sich bislang gegen dieses Vorgehen ausgesprochen. Sie haben, gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan, Sanktionen gegen Iran abgelehnt. „Der Iran ist ein unabhängiges Land und wir meinen, die Angelegenheit kann nur durch Verhandlungen gelöst werden“, sagte der für die SCO sprechende tadschikische Außenminister Talbak Nasarow.

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad hat alle Anreize, die das EU-Trio Deutschland, Frankreich und Großbritannien Iran anbieten wollen, um das Land zum Verzicht auf sein Atomprogramm zu bewegen, kategorisch zurückgewiesen. „Sie (die Europäer) glauben, es mit einem vierjährigen Kind zu tun zu haben, dem sie Walnüsse und Schokolade geben, um ihm das Gold aus der Hand zu nehmen“, sagte Ahmadinedschad in einem vollbesetzten Fußballstadion in der im Zentrum gelegenen Stadt Arak.

Die Europäer sollten nicht den Kopf in den Sand stecken und sie sollten endlich die Realitäten akzeptieren, sagte Ahmadinedschad. Die Zeit der kolonialistischen Sprache sei endgültig vorbei. „Heute seid ihr (Europäer) mit einem unendlichen Ozean von Völkern und mit einem bewussten, tapferen und klugen Volk wie dem der Iraner konfrontiert“.

Iran wolle nichts anderes als sein verbrieftes Recht und nichts und kein Angebot werde das Land davon abhalten, dieses Recht in Anspruch zu nehmen und sein Atomprogramm fortzusetzen. Teheran habe schon einmal dem EU-Trio vertraut und sein Atomprogramm ausgesetzt. Darauf werde man sich nicht ein zweites Mal einlassen.

Iran und Afghanistan wollen Zusammenarbeit verstärken

Iran und Afghanistan wollen ihre bilateralen Beziehungen stärken und gemeinsam den Drogenhandel bekämpfen. Vertreter beider Länder unterzeichneten am 29. Mai am Rande eines Besuchs des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai in Teheran sieben Abkommen. Darin ging es um den Wiederaufbau Afghanistans, Investitionen sowie die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Der Fortschritt und die



Sicherheit in Afghanistan seien von großer Bedeutung für Iran, sagte Präsident Ahmadinedschad nach einem Bericht des staatlichen Fernsehens. Kar-sai hielt sich zwei Tage in Teheran auf.

Golfstaaten fordern von Iran Offenheit

Die Staats- und Regierungschefs von sechs Golfstaaten haben die iranische Führung zu Offenheit in ihrem Atomprogramm aufgefordert. Nach informellen Beratungen in der saudischen Hauptstadt Riad erklärte der Golfkooperationsrat (GCC) am Samstag, die Staaten der Region wünschten sich mehr Transparenz in dieser Frage und auch Garantien für den Fall möglicher Gefahren für die Welt. „Das iranische Atomprogramm ist besorgniserregend, nicht nur für die Region, sondern für die Welt“, sagte der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheik Abdullah bin Said Al Nahjan. Dem GCC gehören Bahrain, Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate an.

Iran entsendet Botschafter nach Irak

Nach mehr als einem Vierteljahrhundert hat Iran wieder einen Botschafter nach Bagdad entsandt. Hassan Kasemi Komi habe sein Beglaubigungsschreiben am 10. Mai dem irakischen Staatspräsidenten Dschalal Talabani übergeben, meldete die amtliche Teheraner Nachrichtenagentur IRNA. Komis Vorgänger war kurz vor dem iranisch-irakischen Krieg von 1980 bis 1988 aus Bagdad abberufen worden. Seitdem gab es Beziehungen auf der Ebene von Geschäftsträgern.

„Park des Großen Satans“

Die iranische Hauptstadt wird möglicherweise bald um eine antiamerikanische Attraktion reicher: Auf dem weiträumigen Gelände der ehemaligen US-Botschaft in Teheran könnte nach den Vorschlägen eines iranischen Generals ein „Park des Großen Satans“ entstehen. Dort ließen sich die „amerikanischen Verbrechen auf schönste Weise“ ausstellen, sagte General Mir Faisal Baghersadeh der iranischen Nachrichtenagentur IRNA.

Seit der 444 Tage andauernden Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger 1979 haben Iran und die USA kei-

ne diplomatischen Beziehungen mehr. Die Botschaft im Stadtzentrum wird zurzeit von Revolutionswächtern für Schulungen genutzt. In regelmäßigen Abständen organisiert die iranische Regierung zudem dort Ausstellungen über die „amerikanischen Verbrechen“. Im offiziellen Sprachgebrauch firmieren die USA als „Großer Satan“.

Indonesien bot Vermittlung im Atomstreit an

Indonesien hat angeboten, im Atomstreit mit Iran zu vermitteln. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono habe dies in einem Gespräch mit seinem iranischen Kollegen Ahmadinedschad vorgeschlagen, sagte der Sprecher Yudhoyonos in Jakarta. Dabei schwebte dem indonesischen Staatschef die Bildung eines größeren Verhandlungsgremiums mit Teilnehmern aus weiteren islamischen Staaten vor. Ahmadinedschad habe dem Vorschlag zugestimmt. Der iranische Präsident hielt sich drei Tage in Jakarta auf, bevor er Mitte Mai an einem Gipfel islamischer Staaten auf der Insel Bali teilnahm.